



SPD BRANDENBURG, Alleestraße 9, 14469 Potsdam

LSVD-Landesverband Berlin-Brandenburg e.V.

Herrn Jörg Steinert

Geschäftsführer

Postfach 301678

10748 Berlin

Ansprechpartner: Erik Stohn
Generalsekretär

Telefon: +49 331 73098-0

Telefax: +49 331 73098-346

Mail: Erik.Stohn@spd.de

Potsdam, 07. August 2019

Sehr geehrter Herr Steinert,

ich bedanke mich für die Zusendung Ihrer Wahlprüfsteine bzw. Fragen, die ich sehr gern beantworte.

- Wir beurteilen sie den Aktionsplan Queeres Brandenburg? Welche Stärken und Schwächen stellen Sie fest?

Mit dem „Aktionsplan für Akzeptanz von geschlechtlicher Vielfalt, für Selbstbestimmung und gegen Homo- und Transphobie in Brandenburg“ (kurz: Aktionsplan Queeres Brandenburg) setzen wir in Brandenburg den Weg fort, den wir bereits im Jahr 1992 geebnet haben. Hier haben wir als erstes Bundesland ein Diskriminierungsverbot für Menschen aufgrund ihrer sexuellen Identität in die Landesverfassung aufgenommen.

Die SPD ist stolz, dass Brandenburg mit dem Aktionsplan Queeres Brandenburg, mit der Umsetzung des Landtagsbeschlusses vom Juni 2016, einmal mehr Gesicht zeigt. Wir stehen für Weltoffenheit, eine offene Gesellschaft und gesellschaftliche Gleichstellung, für geschlechtliche und sexuelle Vielfalt. Wir stellen uns aktiv gegen Homophobie, Transphobie, Diskriminierung und Benachteiligung, denen in Deutschland immer noch viele Lesben, Schwule, bi-, trans- und intersexuelle und queere Menschen im Alltag ausgesetzt sind. Der Aktionsplan soll dem aktiv entgegenwirken, mit neuen Maßnahmen, aber auch der Zusammenführung bereits vorhandener und vom Land Brandenburg geförderter Aktivitäten. Es braucht den gesellschaftlichen Wandel, hin zu mehr Respekt, Toleranz, Wertschätzung und Dialog.

Besonders positiv hervorzuheben ist schon jetzt, dass viele dem von der SPD-geführten Landesregierung initiierten Aufruf gefolgt sind, sich über eine Dialogplattform im Internet oder auch bei den drei Dialogveranstaltungen an dem breit angelegten Beteiligungsprozess zur Erarbeitung des Aktionsplans zu beteiligen. So konnten Anregungen von Verbänden, Vereinen, Institutionen sowie von Einzelpersonen aus der interessierten Öffentlichkeit in den Aktionsplan einfließen. Auch nach der Vorstellung des Entwurfes, bei der die Handlungsfelder vorgestellt wurden, konnten dieser kommentiert werden und waren weiterhin Änderungswünsche möglich.

Anhand des Beteiligungsprozesses finden sich in dem Aktionsplan die aus unserer Sicht richtigen Handlungsfelder wieder. So werden mit den Feldern „Bildung und Aufklärung“, „Teilhabe“, „Selbstbestimmung und Selbsthilfe“, „Familie, Kinder, Jugend, Lebenspartnerschaft“, „Lebenslagen“, „Gewaltprävention und Antidiskriminierung“, „Gesundheit“ und „Arbeitswelt“ sowie den dazugehörigen Maßnahmen die notwendigen inhaltlichen Impulse gesetzt.

Hervorzuheben gäbe es viele Punkte des Aktionsplanes, wie die Maßnahmen zur Kompetenzentwicklung von bestehenden Familienberatungsangeboten für die Belange von Regenbogenfamilien oder die Unterstützung und Verstärkung von Selbsthilfestrukturen zur nachhaltigen Verbesserung der Lebenssituation von Lesben, Schwulen, bi-, trans- und intersexuellen und queeren Menschen. Wir als SPD sehen es zudem als großen Erfolg, dass der Plan in einem konstruktiven Austausch zwischen vielen Beteiligten entstanden ist, was zu einem wachsenden Verständnis und Vertrauen geführt hat.

Nun gilt es, die Ideen und Anregungen umzusetzen. Wir als SPD haben uns schon bei den letzten Haushaltsverhandlungen für zusätzliche Mittel zur Aufstellung und Umsetzung des Aktionsplans stark gemacht. Wir bedauern, dass nicht alle Maßnahmen aufgenommen werden konnten. Doch wir SPD stehen zu dem Vorhaben, sie weiter regelmäßig auf ihre Umsetzbarkeit zu prüfen.

- Werden Sie sich zukünftig für einen Ausbau des Aktionsplanes Queeres Brandenburg einsetzen, insbesondere im Hinblick auf die kontinuierliche Förderung von Maßnahmen und die Berücksichtigung der Thematik als Querschnittsthema in allen Ministerien?

Wie wir in unserem Wahlprogramm schreiben, leistet der Aktionsplan Queeres Brandenburg einen unverzichtbaren Beitrag zu einer demokratischen Zivilgesellschaft. Wir werden uns daher auch in Zukunft für eine umfangreiche finanzielle Ausstattung sowie die Bekanntmachung des Aktionsplanes stark machen.

Alle Ressorts der Landesregierung sind schon jetzt in unterschiedlicher Intensität in verschiedene Handlungsfelder des Aktionsplanes einbezogen. Dies gilt es in Zukunft weiter auszubauen. Schon jetzt hat das Land Brandenburg in seiner Landesverfassung sowie weiteren Gesetzen das Verbot von Diskriminierung geregelt. Daraus ergibt sich die Verpflichtung, Menschen vor solchen Diskriminierungen zu schützen, auch durch entsprechendes Handeln der Landesministerien.

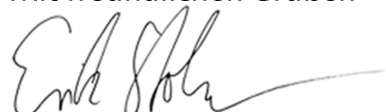
Zudem hat das Land Brandenburg die Landesstelle für Chancengleichheit und Antidiskriminierung. Mit deren Ausbau und Stärkung haben wir als SPD in den letzten Jahren deutlich gemacht, dass das Land Brandenburg stetig an einer Verbesserung der vorhandenen Instrumente der Bekämpfung von Diskriminierung arbeitet. Schon im Jahr 2011 ist Brandenburg als eines der ersten Bundesländer der „Koalition gegen Diskriminierung“ beigetreten.

Wir handeln selbstverständlich auch gemäß den Bundesgesetzen, wie vor allem dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz, das zur Aufgabe hat, Benachteiligungen aus Gründen der Rasse oder wegen der ethnischen Herkunft, des Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität zu verhindern oder zu beseitigen.

Eine SPD-geführte Landesregierung wird auch in Zukunft in Brandenburg mit ganzer Kraft für ein respektvolles Miteinander eintreten. Im Interesse von Akzeptanz und Toleranz müssen wir alle diese Grundsätze tagtäglich, im persönlichen, schulischen oder beruflichen Umfeld, vorleben.

Wir haben viel erreicht, dennoch bleibt viel zu tun. Wir als SPD freuen uns darauf, diesen Weg weiterhin engagiert und konstruktiv mit Ihnen und Ihren vielen Mitstreiterinnen und Mitstreitern des LSVD-Landesverbandes Berlin-Brandenburg e.V. zu gehen.

Mit freundlichen Grüßen



Erik Stohn

Generalsekretär